

Berliner Tageblatt



Nr. 138

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Der Besuch des Reichskanzlers in München.

Ausprache mit dem bayerischen Kabinett.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 22. März.
Reichskanzler Dr. Cuno traf heute vormittag 9 Uhr 30 Minuten in Begleitung der Reichsminister Stülpnagel und Geßler, des Staatssekretärs Hamm und des bayerischen Bevollmächtigten v. Preger in München ein und wurde auf dem Hauptbahnhof von Ministerpräsident Dr. v. Knilling, Minister des Innern Dr. Schwegler, Regierungsrat Dr. v. Kahr, Polizeipräsident Kora, Landtagspräsident Königsbaur, den beiden Bürgermeistern der Stadt München sowie dem Landes- und Stadtkommandanten empfangen. Die Tausende vor dem Bahnhof und beim Ministerium des Innern begrüßten den Reichskanzler mit Hoch- und Heilrufen. In Augsburg hatte sich eine Schülerabordnung des Gymnasiums von St. Stephan, an dem ein Sohn Geßlers seinen sein Abiturium bestand, am durchsahrenden Zuge eingefunden. Dr. Cuno dankte ihr in einer kurzen Ansprache, die in die Worte auslief: „Unsere Jugend, unsere Zukunft!“ Um 11 Uhr fand im Ministerium des Innern die Ausprache des Reichskanzlers und seiner Begleitung mit dem bayerischen Gesamtkabinett statt. Dort wurden begangen die Herren in den nahegelegenen Landtag, wo Präsident Königsbaur den Reichskanzler nochmals begrüßte und im Anschluß daran die Vorstellung der Fraktionsführer stattfand. Nach einem kurzen Besuch beim päpstlichen Nuntius Pacelli fuhr der Reichskanzler zum Rathaus, wo die offizielle Begrüßung durch den Stadtrat erfolgte.
Im Ministerium des Innern war der Reichskanzler im Ministerpräsidenten v. Knilling mit einer Ansprache begrüßt

worden, auf die Dr. Cuno in längerer Rede dankte. Er brachte darin zum Ausdruck, daß sein Besuch in München ihm nicht leere Formschäpe, sondern ein Herzensbedürfnis sei. Die Reichsregierung und die bayerische Regierung hätten in der gegenwärtigen schweren Not das gleiche Ziel und reichten sich vertrauensvoll die Hände. Mit besonderem Nachdruck betonte der Kanzler, daß **an der ruhigen und besonnenen Politik des passiven Widerstandes unter allen Umständen festgehalten werde.** Auch im Landtag nahm der Reichskanzler Gelegenheit, in kurzen Worten für den Empfang und die Begrüßung in München herzlich zu danken.

Bei dem Empfang im Rathaus begrüßte der Erste Bürgermeister Schmidt den Besuch des Reichskanzlers als innere Zählungnahme von Reich, Land und Gemeinden und darüber hinaus als Merkmal völliger Geschlossenheit und absoluter Liebereinstimmung aller maßgebenden Faktoren in der Abwehr unerhörter Drangal und Tyrannie. Dies sei in alle Welt hinausgerufen, angelehnt des französischen Rechtsbruchs, der Verbrechen in den besetzten Gebieten und des **schändlichen Planes, den deutschen Süden unter französischer Vorherrschaft vom deutschen Norden zu trennen.** Der Bürgermeister gedachte im besonderen der bedrängten Gemeinden und ausgesetzten Bürgermeister und Beamten im besetzten Gebiet. Diese bittere Not bedeute sich auf alle Gemeinden aus; brächen aber die Gemeinden zusammen, so sei auch das Schicksal von Staat und Reich besiegelt. Deshalb müsse die Regierung rettend eingreifen und eilig Sanierungsmaßnahmen für die Gemeinden treffen, **damit die deutsche Republik aus ihrem harten Abwehrkampf erfolgreich hervorgehe.** Der Unterstützung aller Einsichtigen sei sie dabei sicher.

Die Kleinrentnerfürsorge.

(Nachdruck verboten.)
Oberbürgermeister Dr. Kütz,
Mitglied des Reichstags.

Das Gesetz über die Kleinrentnerfürsorge ist fürzlich vom Reichstag in dritter Lesung angenommen worden.
Die Redaktion.

Mit dem jetzt verabschiedeten Kleinrentnergesetz wird endlich ein auf dem Gebiete der Kriegsfolgenhilfe seit langem bitter notwendiger Schritt vorwärts getan. Als die demokratische Reichstagsaktion Anfang September die ersten positiven gesetzgeberischen Vorschläge zur Lösung des Problems der Kleinrentnerfürsorge machte, da hoffte sie, daß es in kürzester Frist gelingen würde, zu praktischen greifbaren Ergebnissen zu kommen. Heute, nach länger als vierzehn Monaten, sind wir nun endlich soweit, ein Gesetz verabschiedet zu haben, das gegenüber der täglich sich immer vergrößert gestaltenden Notlage der Kleinrentner und der ihnen wirtschaftlich verwandten Volksschichten wenigstens eine einigermaßen erträgliche Lebenshaltung gesetzlich gewährleistet.

Einer besonderen Schilderung der Not der Kleinrentner bedarf es im gegenwärtigen Augenblicke nicht mehr, ihr Dasein bietet das Bild einer der erschütterndsten Tragödien, die in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes zu bezeichnen sind. Das Problem der Kleinrentnerfürsorge ist ein Teilgebiet des großen Problems der Kriegsfolgenhilfe, das der verlorene Krieg zungunsläufig vor uns aufgerollt hat. Mit der Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge setzte es ein, die Erwerbslosenfürsorge schloß sich an, die Sozialrentnerfürsorge folgte nach und nun gefeßt sich zu ihnen die Kleinrentnerfürsorge. Die Notwendigkeit der Kleinrentnerfürsorge ist ein besonders drastisches Beispiel für die völlige soziale und wirtschaftliche Umgestaltung, in die uns der verlorene Krieg und die aus ihm sich ergebenden Folgen gebracht haben. Es sind viele Wirtschaftlichen wirtschaftlich deklariert worden, auf deren Arbeit, deren Sparlichkeit, deren Gewissamkeit, deren Gemeinnut Deutschland seinen einstigen Wohlstand aufgebaut hatte. Mit der Vernichtung der wirtschaftlichen Gesundheit unseres Volkes wurden sie zu den Vermissten der Armen. Es ist deshalb eine fittliche Pflicht des Reiches, ihnen nach Maßgabe der eigenen Kraft helfend beizustehen, um sie nicht völlig verfallen zu lassen. Es soll nicht verkannt werden, daß vor allem die Gemeinden schon bisher nicht tatlos beiseite gestanden haben. Sehr erhebliche Beträge sind zur Vinderung der Not der Kleinrentner von ihnen aufgefunden worden. Besonders reichhaltig sind die Hilfsmaßnahmen, mit denen die Stadtvverwaltungen verfußt haben, der Verelendung der Kleinrentner entgegenzuwirken. In der Hauptsache hat sich diese Hilfe auf Abschluß von Leihrentenverträgen, auf Uebernahme der Vermögensverwaltung unter teilweisen Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln, auf steuerliche Vergünstigungen, auf Gewährung von Beihilfen und Darlehen und auf Naturalunterstützungen durch verbilligte Abgabe von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes erstreckt. Auch das Reich hat von der 2. Hälfte des Rechnungsjahres 1921 ab erhebliche Zuschüsse zu diesen Aufwendungen geleistet.

So dankenswert diese Maßnahmen auch sind, so haben sie eine wirksame und allgemeine Bekämpfung der mit der fortschreitenden Geldentwertung täglich steigenden Not der Kleinrentner nicht zu bewirken vermocht.

Soll diese unerschöpfte Notlage sich nicht zu einer ungeheuren Katastrophe auswachen, so gilt es, beschleunigt eine durchgreifende und umfassende Fürsorge zu gewährleisten. Das vorliegende Gesetz gibt hierfür eine geeignete Grundlage.

Es ist anzuerkennen, daß das Gesetz den Kreis der Fürsorgeberechtigten in weitherziger Weise über den Rahmen der Kapitalrentner im engeren Sinne hinaus auch auf alle diejenigen erstreckt, die, ohne der Segnungen der sozialen Versicherung teilhaftig zu sein, durch die Geldentwertung unversichert in Not geraten sind, gleichviel ob sie früher ihre Daseinsgrundlage in gewerblicher, in häuslicher, in wissenschaftlicher, künstlerischer oder gemeinnütziger Arbeit gefunden haben oder sie infolge geistiger und körperlicher Gebrechen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit nicht erwerben konnten. Diese Ausdehnung der Fürsorgeberechtigung bringt uns einen Schritt näher zu einer wirklich gefunden Regelung der Kriegsfolgenhilfe, die von dem bisherigen schematischen und mechanischen Aufbau absehen muß und den Weg freigibt zu einer rein individuellen Ausgestaltung der Fürsorge.

Die Träger der Fürsorgepflicht und die ausführenden Stellen für die Fürsorgemaßnahmen können selbstverständlich nur die Kommunalkörper sein. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß die Gemeinden nicht die alleinigen oder nur die hauptsächlichsten Träger der Fürsorgeaufgaben sein können. Eine Mitbestimmung der Gemeinden an den Lasten läßt sich nicht vermeiden, wenn man nicht der finanziellen Verantwortungslosigkeit die Wege noch weiter ebnen will, als dies ohnehin durch das vom Reich den Gemeinden gegenüber beliebte Dotationssthelem bereits geschieht. Die getroffene Regelung, die 20 Prozent der Lasten den Gemeinden und 80 Prozent dem Reich auferlegt, trifft das Richtige.

Bindende Vorschriften über Art und Umfang der Fürsorge zu geben, vermeidet das Gesetz mit Recht. Es gibt nur die Anweisung, daß die Fürsorge sich der für Sozialrentner angelehnt soll, und überläßt die Festlegung von Richtlinien der Reichsregierung unter Zustimmung des Reichstages und der zuständigen Reichstagsausschüsse. Damit ist eine den verbleibenden und wechselnden Bedürfnissen entsprechende Sandhabung der Fürsorge gewährleistet.

Um eine rasche und nachhaltige Beranzung widerstrebender Unterhaltungs-

Unterstellungen der Pariser Presse.

Abfertigungsmanöver? — Herris Vorbehalte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 22. März.
Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ überschreibt heute einen Artikel über die Lage mit den Worten: „Französisch-deutsche Friedensvorparatungen.“ Da die Lenkung dieses Wortes bekannt ist, wird man diese hoffnungsvolle Umänderung, ebenso wie die Mitteilungen, die sie folgen, mit einiger Vorsicht lesen. Die „Daily Mail“ schreibt: „Es ist mitzuteilen, daß die offiziellen Unterhaltungen über die Regelung der Reparationsfrage kürzlich zwischen Frankreich und Deutschland begonnen haben. In der letzten Woche fand eine Zusammenkunft zwischen dem Schweizer Bankier Dubois und Herrn Bergmann in der Schweiz statt. Bergmann gab eine Darstellung des deutschen Reparationsplans in großen Zügen. Dubois reiste sofort nach Paris, um dem Ministerpräsidenten diesen Plan mitzuteilen.“ Der Korrespondent der „Daily Mail“ glaubt, daß Friedensvorschläge in drei Wochen gemacht werden können, vielleicht schon früher. Bei der politischen Haltung des Reiches ist es klar, daß der Berichterstatter der „Daily Mail“ an den deutschen Vorschläge denkt! Dieser Umstand macht die Mitteilungen verdächtig. Es könnte vielleicht möglich sein, daß die Politiker und Finanzmänner sich ohne offiziellen Auftrag über die Bedingungen beider Parteien zu unterrichten versuchen, aber es wird in Paris als ganz unwahrscheinlich angesehen, daß die Reichsregierung daran denken sollte, zu „kapitulieren“. Diese Kombinationen sind Zeitungsphantasien und Fiktionen. Sie dienen nur dazu, der französischen Regierung und ihren Wortführern eine neue Gelegenheit zu der Verführung zu geben, Frankreich könne nur direkte Vorschläge der deutschen Regierung entgegennehmen, und die erste Voraussetzung wäre auch in diesem Falle, daß zuerst der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufhört.“ Es kann nicht oft und kräftig genug gesagt werden, daß diese Forderung in der Lage nicht begründet ist. Die Lage Deutschlands ist nach dem Urteil erstklassiger französischer und neutraler Politiker nicht schwächer geworden. Daß in den Pariser Zeitungen nach den Schoonanklungen der letzten Zeit heute wieder einmal von einigen — bei weitem nicht allen! — Beurteilern der Lage behauptet wird, die Ruhrbesetzung habe der französischen Sache in der Meinung der Welt genügt, und Herr Poincaré sei heute der mächtigste Staatsmann der Erde („Cepo de Paris“), kann nichts anderes beweisen, als das bringende Bedürfnis der französischen Regierung, vor der unvernünftigen Debatte über die Ruhrkröbte die öffentliche Meinung günstig zu stimmen. Dieser Zweck deutet auf die etwas künstlich gesteigerte Freude über das Steigen des Franc, das in den letzten Tagen zu verzeichnen ist. Nach der Ansicht von Börsenfirmen ist dies eine Folge von Gerüchten über Verhandlungen, die hauptsächlich von England aus verbreitet werden, und die in Paris sehr geschäftig ausgeübt werden. Alles dies hat aber nur vorübergehende Bedeutung. Wenn die Verhandlungen, zu denen es schließlich einmal kommen wird, beginnen, dann müssen sie unter ehrenvollen Bedingungen für Deutschland beginnen. Selbst die zwei oder drei deutschen Zeitungen, deren Artikel hier in tendenziös gefälschten Ausgüssen als „franzosenfreundlich“ giltet werden, verlangen als Voraussetzung jeder Verhandlung die Räumung und Befreiung des Ruhrgebietes. Das erfährt der französische Zeitungsleser nicht, weil er eben nur einige aus dem Zusammenhang künstlich herausgegriffene Sätze kennen lernt. Aber die französische Regierung weiß darüber Bescheid. Ihre offiziellen Meinungen werden mit jedem Tag gedanklicher.

Ueber die Auffassung in der Kammer gibt ein Beschluß Auskunft, der gestern im Arbeitsauschuß der radikalen Partei gefaßt wurde. Gerriot, dessen Mitgliedschaft auf die äußere Politik Poincarés bekannt ist, erstattete einen Bericht über die Lage und sprach dabei auch von der bevorstehenden Kammerdebatte über die Ruhrkröbte. Er sagte, daß die radikale Partei bei ihrer Haltung verharren müsse, die Verantwortung für die Ruhrpolitik

ablehne, ihre Vorbehalte noch einmal formuliere und von der Regierung Aufklärung über die wahren Ziele verlange. Wenn diese Aufklärung nicht genüge, dann hätte die Partei die Pflicht, sich von einer Politik zu trennen, die sie verurteile. Erwiderte die Aufklärung als genügend, dann müßte die Kredite bewilligt werden, aber unter ausdrücklichem Vorbehalte. Wer Gerriot und Poincaré kennt, weiß, daß Gerriot nichts anderes als Aufklärungen geben wird, und noch dazu in jeder gewöhnlichen Form, um seine Kredite zu erhalten. Aber es ist immerhin ein kleiner Fortschritt, daß die radikale Partei schon ihre Vorbehalte klarer betont als ihre Zustimmung. Ueber die angebliche „Anspannung im Ruhrgebiet“ wurde schon gestern von den Zeitungen in langen Artikeln berichtet. Es wurde angedeutet, daß der Regierungsrat Präsident Frisch aus dem Rheinlande ausgewiesen worden ist und nur in Münster seines Amtes waltet. Den Beamten dieses Gebietes mitgeteilt habe, daß sie ihren Dienst weiter versehen könnten, falls sie dies im öffentlichen Interesse für notwendig hielten; sie müßten jedoch vorher eine Erlaubnis bei ihm einholen und angeben, welcher Art ihre Dienstbefreiung sei. Dabei kann es sich natürlich um die im öffentlichen Interesse erwünschte Erhaltung wertvoller technischer Einrichtungen der Betriebe und ähnliches handeln. Aber eine so einfache Erklärung genügt den französischen Zeitungspolitikern nicht, die in der Entspannung durchaus ein politisches Manöver, oder, was ihnen das liebste wäre, die Anzeichen einer nahen Kapitulation erkennen wollen. Der ersten Ansicht ist der „Temps“, der in dieser neuen Politik nur einen Schlagzug der Reichsregierung erblickt. Reichskanzler Cuno wolle die Unzufriedenheit der Beamten, die um ihre Entlassung beforrt sind, beschwichtigen. Er wolle gleichzeitig die übergläubigen Beamten unterbringen. Es könnte auch sein, meint der „Temps“, daß die Forderung des Wankes, den passiven Widerstand aufzugeben, Eindruck auf den Kanzler gemacht habe, und daß er nun beabsichtigt, den Engländern die Komödie eines friedlichen Deutschland vorzuspiegeln. Aber der Schein trüge; der Widerstand sei noch lange nicht zu Ende und die Franzosen werden sich durch diese Manöver nicht irreführen lassen. Der Berichterstatter der „iberis“ gibt sich hingegen der frohen Hoffnung hin, daß Deutschland die Partei aufgeben und wie im Jahre 1918 vor seinem Zusammenbruch sich durch ein gutes Verhalten „ehrenvolle Bedingungen“ für die Kapitulation finden wolle. Auch die Angst der Reichsregierung vor dem Nationalismus spiele dabei mit. Der Kanzler wisse, daß eine Verhandlung nicht möglich sei, solange französische Soldaten „genorndet“ werden. Wenn aber auch die Ansichten über den „übertragenden Frontwechsel“ verschieden sind, in der Schlussfolgerung, daß die Besatzungsbehörde weiter fest bleiben müsse, herrscht volle Einigkeit. Der Erfolg des Vorstehenden der Rheinlandkommission, der jeden nächsten Versuch zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Reich verriet, erscheint allen französischen Politikern als eine sehr gute Maßnahme.

Wir halten es nicht für erforderlich, uns an der Nachrichten-kampagne der Pariser Presse — die „Daily Mail“ kann man ja unbedenklich dazu rechnen — über die angebliche „Friedens-sehnsucht“ Deutschlands zu beteiligen. Daß sie gerade auf französischer Seite mit solcher Beharrlichkeit durchgeführt wird, dürfte eher darauf schließen lassen, daß man in Paris viel stärker als in Berlin an Präliminärverhandlungen dieser Art interessiert ist. Entgegen den Behauptungen der „Daily Mail“ über den Besuch Dr. Bergmann in der Schweiz stellen wir nochmals fest, daß Herr Bergmann keinerlei „Vorschläge“ der deutschen Regierung im Zusammenhang mit der Reparationsfrage mitgeteilt hat, und daß sich die Besprechungen mit dem Präsidenten der schweizerischen Nationalbank, Herrn Dubois, in der Hauptsache auf Fragen des Versicherungs-wesens und der Marktstabilisierung bezogen.